

Der Streit über das ideale Familienbild

«Wie viel Staat braucht die Familie?» An der Famexpo diskutierten am Sonntag Schweizer Parlamentarier über die Familienpolitik.

Marc herter

Mitten im bunten Treiben der Baby-Kinder-Familien-Messe Famexpo in den Eulachhallen hat die CVP zur Podiumsdiskussion geladen, die Frage lautete: «Wie viel Staat braucht die Familie?» Bevor Ständerätin Pascale Bruderer (SP) und die beiden Nationalrätinnen Barbara Schmid Federer (CVP) und Verena Herzog (SVP) das Gespräch beginnen, hält der CVP-Präsident Christophe Darbellay eine einleitende Rede.

Er würde die Frage am liebsten umformulieren und fragen: «Wie viel Familienpolitik braucht der Staat?» Da Familien die Keimzellen der Gesellschaft seien, müsse der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese ideal funktionieren können. Es gehe nicht darum, dass der Staat Erziehungsarbeit leiste. «Er soll den Familien helfen, ihre eigene Verantwortung zu übernehmen.» Die Rahmenbedingungen hätte der Familienartikel geboten, der letzten März an der Urne bacheabgeschickt worden sei. Trotz dieser Schlappe kämpfe die CVP weiterhin für eine grössere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bruderer und Schmid Federer sind sich einig mit Darbellay. Es sei wichtig, dass der Staat Grundlagen schaffe, die alle Familienmodelle ermöglichen. Die CVP-Politikerin fügt an: «Es ist wichtig, dass jede Familie ihren eigenen Weg finden kann.» Etwas anders sieht Verena Herzog die Angelegenheit. Sie anerkennt, dass es verschiedene Familienmodelle gibt, findet jedoch, dass der persönliche Bezug zum Kind verloren geht, wenn die Eltern arbeiten und einen Teil der Erziehungsarbeit abgeben. «Junge Frauen, die im Berufsleben stehen, sollen auch arbeiten, wichtig ist einfach das Mass.»

Was die Familienpolitik angeht, haben die beiden Politikerinnen der SP und CVP Vorbilder in Schweden und Frankreich. Dort herrsche ein Wertesystem, in dem alle Eltern grundsätzlich arbeiten sollen und das alle Lebensmodelle ermögliche. Schmid Federer bemerkt, dass die ideologische Diskussion um ideale Familienbilder in den beiden Ländern kein Thema mehr sei. So weit sei die Schweiz nicht, weil es hierzulande lange Zeit normal war, dass der Mann die Familie ernährt habe. Bruderer fügt an, dass gerade in Schweden die Familienpolitik breit akzeptiert sei. «Der Staat bezieht Wirtschaft und Bildung stark in seine Politik mit ein und sorgt dafür, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben.» Herzog sieht diese beiden Länder als Paradebeispiele für eine misslungene Familienpolitik. «In Schweden und Frankreich müssen beide Elternteile arbeiten, damit sie die Steuern bezahlen und sich ein Leben finanzieren können.»

Sie sei deshalb gegen einen grossen Sozialstaat, der die Familien dazu zwingt, zu arbeiten und ihre Kinder fremdbetreuen zu lassen. Sie verweist auf die Familieninitiative ihrer Partei, die versucht, mit Steuerabzügen Familien mit Hausfrauen finanziell zu entlasten. Bruderer stört sich daran, dass im Bezug auf Familienförderung oft nur von Steuerbegünstigungen gesprochen wird. «Viel wichtiger sind Angebote im Alltag, die den Familien echte Unterstützung bieten.»

Am Ende der Diskussion sagt Schmid Federer, dass die Parteien einen gemeinsamen Nenner finden müssen, um die Familienpolitik vorwärtszubringen. Es nütze nichts, die Augen vor der Realität zu verschliessen und nur um idealtypische Familienbilder zu streiten.